

Demokratie, Engagement und Systemvertrauen – Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen

Thomas Klie

November 2024

Gefährdete Demokratie – demokratische Resilienz durch Engagement?

„Unsere Demokratie ist zunehmend gefährdet. Das Vertrauen in die Politik schwindet.“ So hieß es in dem Geleitwort zur Veröffentlichung [„Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen Deutschlands“](#) (2019). Vor fünf Jahren waren weder die akuten und langfristigen Folgen der Covid-19-Pandemie, noch der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten absehbar. Demokratie ist ein rohes und gefährdetes Gut. Demografische, gesellschaftliche sowie auch globale Transformationsprozesse, in denen wir uns befinden, lassen Demokratie nicht mehr als in jeder Hinsicht stabil erscheinen. Schäfer und Zürn (2021) sprechen von demokratischer Regression. Darunter verstehen sie das Zusammentreffen von zwei Veränderungen. Eine Veränderung ist die zunehmende Distanz der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung, die dadurch wächst, dass Entscheidungen zunehmend in nicht durch Wahlen legitimierte und kaum durch Bürgerinnen und Bürger kontrollierte Gremien getroffen werden. Die zweite Veränderung ist die Abwendung von (Teilen der) Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie, weil sie sich nicht länger repräsentiert fühlen. Sie sprechen von der doppelten Entfremdung. Der Populismus greift diese Entfremdung auf und versucht, die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen einzuteilen: „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“. Die Herausforderungen sind komplex. Einfache Antworten sind erwünscht, aber letztlich nicht zu finden.

Das Monitoring Demokratische Integration fokussiert die regionale und kommunale Ebene. Auf dieser genießt die Demokratie in Deutschland nach wie vor die höchste Zustimmung. Hier wird, wenn es gut geht, das praktiziert und eingeübt, was Demokratie auszeichnet: Die Mitgestaltung öffentlicher Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger, der gelebte Bezug zum Gemeinwesen und zu den Fragen der Daseinsvorsorge als Bedingungen guten Lebens für alle (vgl. Schmidt 2018). Dabei spielen die vielfältigen Formen des Engagements und des Ehrenamtes ebenso eine große Rolle, wie die unterschiedlichen Formen politischer Partizipation von Bürgerinitiativen, Bürgerräten, Anhörungen bis zur Wahl und der Besetzung kommunaler Gremien. Engagement, Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Systemvertrauen hängen in hohem Maße zusammen.

Diese Zusammenhänge sind Gegenstand des Monitorings Demokratische Integration, das im Zusammenhang mit den Arbeiten des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung entwickelt, aktualisiert und neu berechnet wurde.

Die wesentlichen Ergebnisse:

- Engagement, Systemvertrauen und demokratische Aktivitäten (insbesondere Beteiligung an Wahlen) – als *Demokratische Integration* bezeichnet – korrelieren und sind in Deutschland weiterhin hoch ausgeprägt.
- Das Niveau der Demokratischen Integration variiert stark in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands (siehe Abb. 1).

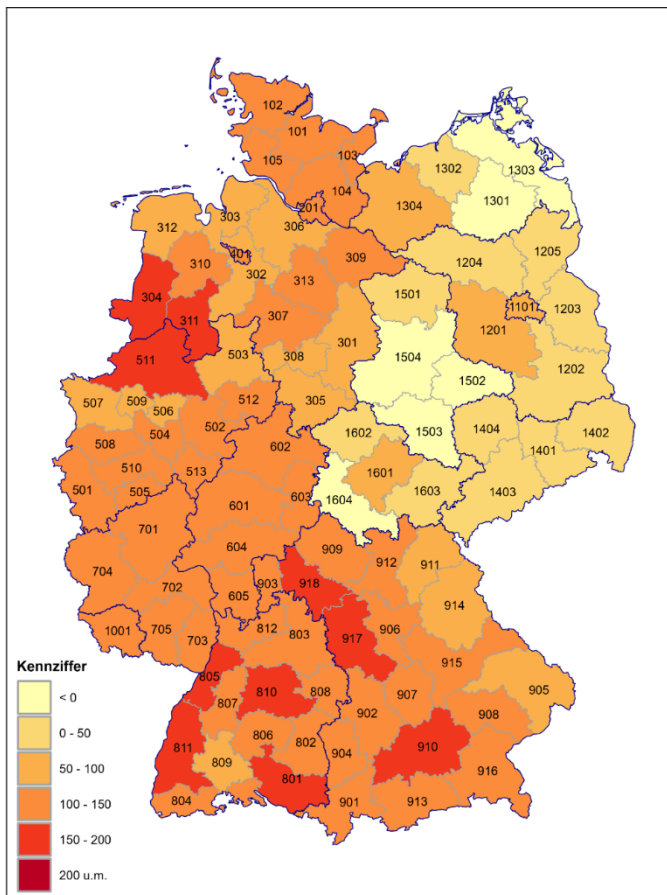


Abb. 1: Demokratische Integration 2019 in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands | Quelle: Spiegel 2024

- Strukturbedingungen von Regionen (z.B. demografischer Druck, Familismus, wirtschaftliche Dynamik, Lebensweisen) haben weiterhin einen nachweisbaren Einfluss auf das Niveau der Demokratischen Integration (siehe Abb. 2).

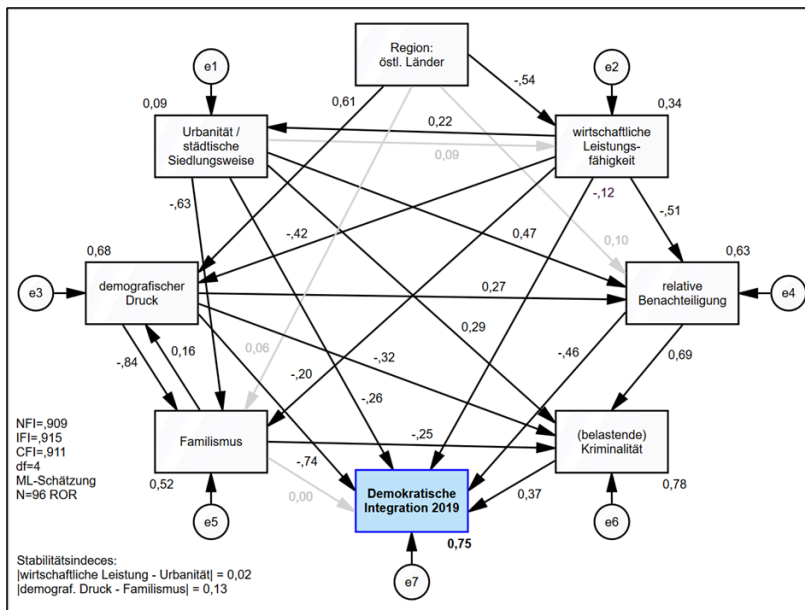


Abb. 2: Erklärmodell soziale Strukturen und demokratische Integration 2019 | Quelle: Spiegel 2024

Es gibt Hinweise darauf, dass die Ost-West Unterschiede stärker werden – insbesondere in den Einstellungen zur Demokratie. Das lässt darauf schließen, dass in ostdeutschen Raumordnungsregionen eine Entkoppelung der Strukturbedingungen von dem Engagement, dem Systemvertrauen und den demokratischen Aktivitäten stattfindet.

Breite Zustimmung zur Demokratie – „Neue Entfremdung“ zwischen Ost und West

Mit den vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Vorstudien 2022 und 2023 sollte geprüft werden, ob die im Konzept des Monitorings Demokratische Integration zugrunde gelegten Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten, Engagement und Systemvertrauen angesichts der aktuellen Krisen und Transformationsdynamiken weiterhin Geltung beanspruchen können.

Ähnlich wie von Steffen Mau et al. (2023) herausgearbeitet, besteht (immer noch) ein breiter Konsens in der Bevölkerung darüber, dass die Demokratie die akzeptierte Staatsform darstellt. Rund 90 Prozent der Bevölkerung stimmen dem demokratischen Prinzip zu – zumeist verbunden mit einer Ablehnung autoritärer Staatsformen und Problemlösungen (siehe Abb. 3). 2023 findet sich (auch) noch eine Mehrheit, die zufrieden ist mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Das Institutionenvertrauen ist ausgeprägt, allerdings nimmt es dort ab, wo nach dem Vertrauen in den engeren politischen Bereich, dem Parlament, in die Kompetenz von Abgeordneten und in die Regierung gefragt wird. Es zeigen sich deutliche und zunehmende Unterschiede zwischen Ost und West. In den ostdeutschen Raumordnungsregionen liegen die Zustimmungswerte zur Demokratie deutlich unter denen in den westdeutschen Raumordnungsregionen.

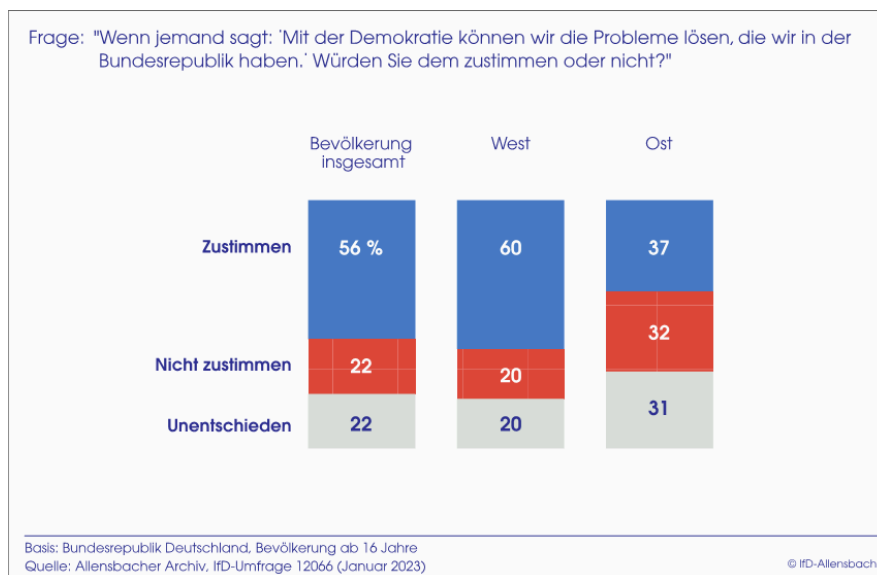


Abb. 3: Die Mehrheit findet, die Probleme können mit der Demokratie gelöst werden | Quelle: Haumann 2024

Einen weiteren Befund haben die Vorstudien hervorgebracht: Für soziale und politische Teilgruppen konnten jene identifiziert werden, in denen sich überdurchschnittlich viele Personen mit Distanz zu demokratischen Systemen finden. Zu ihnen gehören:

- Menschen mit geringem sozioökonomischen Status,
- Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die sich in ihrer Kritik und Unzufriedenheit deutlich von den Anhängerschaften der „etablierten“ Bundestagsparteien unterscheiden.

Die alte und neue Bedeutung von Regionen

Die Ergebnisse des Monitorings unterstreichen die Bedeutung von Regionen für demokratische Integration. Dabei kommt sozialen Strukturen, die in ihrer Erklärungsqualität in dem Modell (siehe Abbildung 2) in den Mittelpunkt gestellt werden, eine begrenzte, aber gleichwohl nicht zu vernachlässigende Bedeutung zu. Auch in sogenannten strukturschwachen Regionen, in Regionen mit ungünstigen sozialen Strukturen im Sinne der demokratischen Integration finden sich vielfältige gelingende Formen der koproduktiven und engagementgestützten Gestaltung von Aufgaben der Daseinsvorsorge sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Auch ist Engagement gerade in strukturschwachen Regionen Ausdruck und Gestalt gemeinsam geteilter Werte. Und: Stabile Engagementstrukturen sind für sich genommen eine Sozialstruktur, die demokratische Integration unterstützt. Der Zusammenhang von Demografie, Sozialstaat und Demokratie gewinnt an Bedeutung. Der Deutschland-Monitor '23 (2024) bestätigt die großen Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von relevanter Infrastruktur zwischen unterschiedlichen Einkommensgruppen. Menschen in Kommunen mit guter ökonomischer Lage sind im Schnitt mit der öffentlichen Infrastruktur deutlich zufriedener als in Kommunen mit schlechterer ökonomischer Lage. Insofern bestätigt auch der Deutschland-Monitor den Ansatz und das Anliegen des Monitorings Demokratische Integration. Die Autoren erkennen ein Symptom sozialer Spaltung: Wer sich selbst oder seine Region als benachteiligt wahrnimmt, bewertet auch die Standortgüte des Wohnorts, das heißt deren Entwicklungsperspektiven und die ökonomische Situation, schlechter (vgl.

Hebenstreit et al. 2024, S. 19). Die schlechtere Selbsteinschätzung der jeweiligen Region geht einher mit der Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie.

Literaturverzeichnis

Haumann, Wilhelm (2024): Feste Demokratieverankerung – mit Ausnahmen. Die Ergebnisse der Vorstudien. In: Thomas Klie (Hg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen. Wiesbaden: Springer VS.

Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard, Jaeck, Tobias; Lutz, Lynn-Malou; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion; Sand, Matthias; Zissel, Pierre (2024): Deutschland-Monitor '23. Gesellschaftliche und politische Einstellungen Themenschwerpunkt: Stadt und Land. 1. Aufl. Hg. v. Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena und Gesis - Leibniz Institut für Sozialwissenschaften. Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim Halle. Online verfügbar unter <https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2044590/2253236/342a0fab9ccefce42d4235c108788748/pdf-deutschlandmonitor-lang-data.pdf?download=1>, zuletzt geprüft am 03.05.2024.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp. Sonderdruck).

Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (edition Suhrkamp, 2749).

Schmidt, Thorsten Ingo (2018): Daseinsvorsorge aus rechtswissenschaftlicher Perspektive. In: Thomas Klie und Anna Wiebke Klie (Hg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer-Verlag (Bürgergesellschaft und Demokratie), S. 269–338.

Spiegel, Jürgen (2024): Demokratische Integration Deutschland 2.0. In: Thomas Klie (Hg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen. Wiesbaden: Springer VS.